



Prof. Monika Grütters MdB, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin

## Für die Demokratisierung des Digitalen:

Die Medienordnung der Zukunft muss demokratische Errungenschaften auch im Netz zur Geltung bringen.

Der technologische Fortschritt konfrontiert uns mit der Herausforderung, die digitale Realität nach unseren demokratischen Grundsätzen zu gestalten. Grundlegende Freiheitsrechte, wie die Freiheit der Meinung und damit verbunden die Vielfalt unabhängiger Medien dürfen im Rausch des technisch Machbaren nicht ins Hintertreffen geraten. Der Staat muss seiner Funktion als Garant eines fairen Spiels der Kräfte, unabhängiger Meinungsbildung und Medienvielfalt auch im Netz vollumfänglich nachkommen können.

Dazu ist es auch notwendig, die Regulierung audiovisueller Medien an veränderte Nutzungsgewohnheiten anzupassen. Faire Wettbewerbsbedingungen müssen sicherstellen, dass auf ein und demselben Markt gleiche Regeln für alle gelten.

Außerdem braucht es Transparenzvorschriften auf europäischer Ebene: Mündige Internetnutzer müssen erkennen können, welche Kriterien insbesondere bei Such- und Empfehlungsfunktionen verwendet werden;

sie müssen die Chance haben, meinungsbildungsrelevante Angebote einfach zu finden und zwischen unterschiedlichen Angeboten frei zu wählen.

In Zeiten der Konvergenz und globaler Märkte erfordert all das eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, aber auch auf europäischer Ebene. Die Bund-Länder-Kommission Medienkonvergenz hat das Fundament dafür gelegt, dass wir demokratische Werte, auf die wir uns im analogen Zeitalter aus guten Gründen verständigt haben, auch im Zeitalter der Digitalisierung bewahren können.